

Aktuelle Stunde zu den Fragen Nr. 3426 und Nr. 3431

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Frau Vorsitzende,
meine Damen und Herren!

Wir haben vorhin die Antwort von Frau Dezernentin Rinn und ihre Version der Ereignisse rund um das Zeltlager der Systemgegner im Grüneburgpark gehört: Das war eine Geschichte von höherer Gewalt, nichts konnte verhindert werden und das musste alles so kommen. In der Bevölkerung dieser Stadt, meine Damen und Herren, gibt es viele Menschen, die das anders sehen, und die CDU gehört dazu. Viele Menschen, und zwar auch viele, die sich das vor Ort einmal angeschaut haben, kommen zu einem anderen Ergebnis. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass hier, wenn man es einmal politisch komprimiert, zwei Stadträtinnen ihre Aufgabe nicht erfüllt und im Amt versagt haben, meine Damen und Herren.

Da ist zum einen die Umweltdezernentin, Frau Stadträtin Zapf-Rodriguez, die es nicht geschafft hat, ihren Schutzauftrag für Grünanlagen - es wurde erwähnt: drei Spielplätze - zu erfüllen, meine Damen und Herren. Das hätte verhindert werden müssen; die Spielplätze hätten jedenfalls freigehalten werden müssen. Die einen oder anderen hier im Raum erinnern sich vielleicht, dass in der Corona-Zeit deutlich geworden ist, wie wichtig Spielplätze gerade für Familien mit Kindern sind, die vielleicht keine eigene Terrasse oder keinen eigenen Garten haben. Der Grüneburgpark hat eine wichtige Funktion für viele Familien in der Umgebung, etwa im Westend. Und wenn man es sich vor Ort einmal angeschaut hat - ich gehörte auch dazu -, dann kam man zu dem Ergebnis, dass es überhaupt keinen zwingenden Grund gab, diese Spielplätze dichtzumachen. Zu dieser Einschätzung kam später auch Frau Stadträtin Zapf-Rodriguez, als ein Teil der Spielplätze wieder aufgemacht wurde. Die Begründung, die aber vorher gegeben wurde, als man für zwei Wochen eine Absperrung von vielen Flächen und insbesondere den drei Spielplätzen verfügt hat, war sinngemäß: Man sei nicht in der Lage, diese Spielplätze ausreichend gegen die Teilnehmer des Zeltlagers zu schützen. Das ist doch absurd, meine Damen und Herren! Entweder darf ein solches Zeltlager nicht stattfinden, wenn die Menschen dort gemeingefährlich sind und einen Spielplatz bedrohen, oder die Begründung ist Quatsch, weil es keine solche Gefahr für die Spielplätze gab, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Auf der anderen Seite steht die Ordnungsdezernentin, Frau Stadträtin Rinn. Dazu muss ich sagen, Ende August hätte die FDP hier in Frankfurt eigentlich platzen müssen an ihrem inneren Widerspruch. Da haben wir zum einen die Ordnungsdezernentin, die erklärt hat, dass das alles mit Blick auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit nicht zu stoppen war; und die andere FDP, auch die Landtagsfraktion, ist hier aufmarschiert und hat sich gegen dieses Camp positioniert. Wir sind der Meinung, dass die Auffassung, das Camp hätte genau dort, genau so lange und genau in der Form stattfinden müssen, nur eine mögliche Rechtsansicht ist. Es kann keinen Anspruch geben, in öffentlichen Anlagen, in Grünanlagen genauso wenig wie in Schwimmbädern und anderen Einrichtungen, ein unbegrenztes Camp zu veranstalten.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Die Versammlungsfreiheit schützt gegen Eingriffe, aber sie verleiht nicht unbegrenzte Ansprüche, und da haben wir ...

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Herr Dr. Kößler, Ihre Redezeit ist vor 15 Sekunden abgelaufen.

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

... schon entsprechende Erfahrungen gemacht.

Vielen Dank!

(Beifall)